

Abwehr mit allen Mitteln

NATO in der Berlin-Frage fest — Zu Verhandlungen bereit

Paris (ap/dpa). Der Ministerrat der NATO hat seine Jahrestagung mit dem Beschluß beendet, keiner sowjetischen Bedrohung Berlins nachzugeben, im Interesse des Friedens aber die offenen politischen Fragen zwischen Ost und West auf dem Verhandlungswege zu lösen. In dem Schlußkommuniqué wurde ferner der ausdrückliche Wille der 15 NATO-Staaten bekräftigt, notfalls „atomare Vergeltungstreitkräfte zur Zurückweisung einer Aggression“ einzusetzen.

Das Schlußkommuniqué hat folgenden Wortlaut:

Die internationale Lage

Bei der umfassenden Überprüfung der internationalen Lage stand die Berlin-Frage im Vordergrund. Die Mitgliedstaaten haben ihre Entschlossenheit betont, keiner Drohung nachzugeben. Ihre einstimmige Auffassung zur Lage in Berlin wurde in der Erklärung des Rates vom 16. Dezember zum Ausdruck gebracht. Der Ständige Rat wird diese Frage weiterhin aufmerksam verfolgen und die auf die Sowjetnoten vom 27. November zu erteilenden Antwortnoten in Kürze erörtern.

Die Mitgliedstaaten der NATO sind zutiefst davon überzeugt, daß im Interesse des Friedens eine gerechte Lösung der die freie Welt von der kommunistischen Welt trennenden politischen Fragen erforderlich ist. Eine Lösung der Deutschlandfrage in Verbindung mit der Schaffung eines Sicherheitssystems in Europa und eine Übereinkunft über die kontrollierte Abrüstung bleiben ihrer Auffassung nach von wesentlicher Bedeutung. Die Regierungen der NATO werden weiterhin um eine gerechte Lösung dieser Probleme bemüht sein, bedauern jedoch, daß die westlichen Vorschläge zu diesen Fragen von der sowjetischen Regierung bis jetzt nicht beachtet wurden.

Der Rat nahm Berichte über die Genfer Verhandlungen be-

züglich der Einstellung von Kernwaffenversuchen und der Maßnahmen zur Verhinderung von Überraschungsangriffen entgegen.

Die vom Rat vorgenommene Überprüfung der internationalen Lage befaßte sich mit zahlreichen Problemen. Sie beruhte auf den vom Politischen Ausschuß ausgearbeiteten Berichten. Die Versuche des kommunistischen Blocks, die Stellung der freien Welt in verschiedenen Gebieten zu schwächen, wurde mit besonderer Aufmerksamkeit behandelt.

Politische Zusammenarbeit

Dem Rat lag ein Bericht des Generalsekretärs über die politische Zusammenarbeit innerhalb des Bündnisses vor. Die Minister sind der Auffassung, daß auf diesem Gebiet während des Jahres 1958 bedeutende Fortschritte erzielt wurden. Sie prüften die durch die Ausweitung der politischen Konsultation aufgeworfenen Probleme. Es bestand Einigkeit darüber, daß die in der NATO angewandte Methode den Bedürfnissen des Bündnisses durchaus gerecht wird, und daß durch elastische Verfahren bessere Ergebnisse erzielt werden als durch jeden Versuch, neue, starre Regeln aufzustellen.

Die Minister waren der Auffassung, daß die Vorbereitung der politischen Konsultation im Rat verbessert werden könnte, insbesondere durch ein syste-

matischeres Studium der langfristigen politischen Fragen.

Der Rat anerkannte die Bemühungen des Generalsekretärs um die Schlichtung von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedstaaten.

Wirtschaftsfragen

Die Minister bestätigten erneut die Bedeutung, die sie den von den Mitgliedstaaten einzeln und gemeinsam getroffenen Maßnahmen zur Förderung des Wirtschaftslebens und zur Sicherung einer normalen Ausweitung der wirtschaftlichen Tätigkeit ohne Inflation beimesen.

Der Rat nahm die Schwierigkeiten zur Kenntnis, die bei den Verhandlungen über die Gestaltung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen denjenigen europäischen Mitgliedstaaten des Bündnisses, die dem Gemeinsamen Markt angehören, und den außerhalb des Gemeinsamen Marktes stehenden Mitgliedstaaten entstanden sind. Er betrachtet die baldmöglichste Herbeiführung einer multilateralen Assoziation als notwendig und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die im Hinblick auf eine Lösung unternommenen Bemühungen Erfolg haben.

Der Rat nahm eine gemeinsame Erklärung der griechischen und türkischen Delegation über das Problem der weniger entwickelten Länder entgegen; er hat den ständigen Rat aufgefordert, diese Probleme weiter zu prüfen.

Militärische Fragen

Der Rat prüfte die militärische Lage des Bündnisses. Nach Entgegennahme von Berichten der ständigen Gruppe und der obersten alliierten Be-

Fortsetzung auf Seite 7

Berlin bleibt Thema Nr. 1

DT. Mit einem Schlag auf Deutschland wollen die Sowjets die westliche Gemeinschaft der Staaten und Völker für sich gewinnen oder mindestens zum Nachdenken über dieses Deutschland ermuntern. Da der Krenl den Schlag nun noch mit einem bis zur Kriegsdrohung gesteigerten Prügel verstärkt hat, hat er dieses Nachdenken über Deutschland wirklich zum ersten Thema des Westens gemacht. Paris war so von vornherein sicher, kein bloßer Debattier-Klub zu bleiben.

Man weiß, daß es unter den drei Westmächten verschiedene Auffassungen über die weitere Marschroute — über das Tempo und das Verfahren insbesondere — gegeben hat. Vor allem wollte London mit der Ablehnung der sowjetischen Absichten sogleich konkrete und umfassende Gegenpläne verbinden. Man kennt auch die französische Bereitschaft, zunächst allen Nachdruck auf die deutsche Initiative zu verwenden. Zu den ersten und dringendsten Aufgaben des vom Krankenzimmer in Washington nach Paris gereisten amerikanischen Außenministers gehörte es denn auch, aus diesen verschiedenen Auffassungen eine gemeinsame Aktion zu entwickeln. Die amerikanische Öffentlichkeit ist, wie viele Berichte besagen, durch die sowjetische Alarmtaktik mobilisiert wie seit zehn Jahren nicht mehr. Auf der Woge dieser die ganze Härte des Widerstandes fordernden Volksmeinung wurde Dulles der Fürsprecher einer Politik gegenüber Moskau, die dem Krenl nicht nur in der Abwehr, sondern auch im Angriff begegnet.

*

Daß es nicht bei dem „Nein“ bleiben kann, darüber ist sich alle Welt im klaren. Aber eben auch darüber, daß mit dem Berliner Projekt Moskaus das Ganze — nämlich Deutschland und Europa — angezielt wurde, und daß der Plan, der dem Moskaus entgegengesetzt wer-

den muß, unerlässlich auch das Ganze — eben Deutschland und Europa — zum Gegenstand haben muß. Das einzusehen und zu verstehen, gibt ja gerade die der Dreier- und Vierer-Konferenz folgende Zusammenkunft der fünfzehn Mächte so wichtigen Anlaß.

Wohl eignet sich dies große Gremium mit den Sachverwaltern so vieler Spezialprobleme nicht für Verhandlungen über die technische, politische, wirtschaftliche und militärische Operation in detaillierten Fällen. Der Rat der europäischen und atlantischen Minister aber wird es gewiß mit Erregung empfinden, wie sehr die Attacke gegen die Verträge und die Freiheit der Selbstbestimmung, die Moskau im Falle Berlins androht, ein Angriff auf die Freiheit des europäischen Zusammenlebens ist. Mochte etwa die Zypern-Frage sich als Problem erweisen, das sich in seiner letzten Bewältigung der NATO entzieht, so hat die Berlin-Frage dagegen wie keine andere vorher, sich als eine Existenzprobe für die NATO selbst herausgestellt.

*

Die Moskauer „Iswestija“ zählt einen Katalog von Zwistigkeiten auf, der die Gemeinschaft des Atlantikpaktes ständig auseinanderreiße: Handelskrieg zwischen Deutschland und Frankreich auf der einen und England auf der anderen Seite, Meinungsverschiedenheiten über die Höhe des Wehrbeitrags, den die einzelnen Staaten leisten möchten, Differenzen zwischen den drei Großmächten über Berlin: — Die sowjetische Regierungszeitung folgt auch hier der schlechten Psychologie ihrer Auftraggeber; denn sie sieht nicht die ungewöhnliche Dynamik der gemeinsamen Befürchtungen und Sorgen, die alle im Atlantik-Pakt vereinigten Staaten angesichts der Bedrohung der Freiheit Deutschlands ergriffen hat. Daß sich diese Gemeinsamkeit der Auffassung eher in einer Zustimmung zur Verdichtung der europäischen Verteidigungsmaßnahmen als in einer Abspaltung der Meinungen ausdrücken wird, dessen sind wir uns schon heute sicher. Wir meinen, daß sich sogar an dem viel kritisierten langsamen

Wachstum des NATO-Potentials und an der Struktur der politischen und militärischen Gemeinschaft jetzt manches zugunsten einer schnelleren und massiveren Schlagkraft dieses Bündnisses der Freiheit ändern wird.

Welcher Freud!

DT. Das Wörtchen „Aus“ heißt in der Umgangssprache manchmal soviel wie „Ende“. Aber das wäre doch schade ums „Neue Deutschland“. Da stand es also im Zentralorgan der SED unter der Wiedergabe eines niederländischen Bildes aus dem 17. Jahrhundert: „Aus der Sowjetunion gerettete Schätze der Weltkultur . . .“

Man spricht in ähnlichen Fällen gelegentlich von einer Freudschen Fehlleistung. Was besagen soll, daß aus dem Unterbewußtsein, in dem bekanntlich Sigmund Freud so manches fand, plötzlich ein echtes Wörtchen zwischen den rhetorischen Talmi hopst. Da ist es und verrät seinen Herrn. Unter schlichten Bürgern wird das schnell vergessen. Unter Kommunisten aber kann ein falscher Zungenschlag ein K.o.-Schlag sein.

Sind also die Kunstschätze aus der Sowjetunion gerettet? So böse hat man ja nicht einmal im komplex-beladenen Westen die Rückgabe belohnt. Man war hier sogar frei genug, auch die gute Pflege dankend zu bestätigen. Deshalb gibt's nur eine Folgerung: mehr Selbstverpflichtungen für ein sauberes Unterbewußtsein! Und künftig sämtlichen Genossen kleine Ulbrichts in den Seelenkeller!

Die sowjetischen Freunde aber wollen wir bitten, dem „Neuen Deutschland“ nichts zu tun. Denn solange es solche Zeitungen gibt, wird kein halbwegs denkender Mensch in die Versuchung kommen, Kommunist zu werden.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.

Kirche begegnet Notstand

Konfirmation auch für Jugendweihe-Teilnehmer in der Zone

Berlin (dpa). In allen evangelischen Landeskirchen der Sowjetzone wird die Konfirmation im Frühjahr 1959 nach neuen, aufgelockerten Bestimmungen vollzogen werden. Sie schaffen den bisher von der Konfirmation ausgeschlossenen Teilnehmern an der atheistischen Jugendweihe einen Zugang zur kirchlichen Einsegnung und sollen dazu beitragen, einem der Kirche in dieser Frage aufgezwungenen Notstand zu begegnen.

Den Anstoß zu der Neuordnung gab der ständig wachsende Druck auf die christliche Jugend zur Teilnahme an der Jugendweihe, Schwerste Behinderungen im beruflichen Fortkommen drohen jedem jungen Menschen, der die Jugendweihe ablehnt. Diese Drohungen ließen die Zahlen der „Jugendweihlinge“ rapide ansteigen. In zahlreichen Kirchenkreisen nahm bereits in diesem Jahre der überwiegende Teil der Schulabgänger an der Jugendweihe teil, und schon gab es Gemeinden, in denen nur noch vereinzelte Familien sich für die Konfirmation ihrer Kinder entschieden.

Angesichts dieser Zwangslage sah sich die evangelische Kirche nicht zuletzt aus seelsorgeischen Gründen veranlaßt, Jugendlichen, die nur unter Zwang an der Jugendweihe teilnehmen und die Konfirmation begehren, eine Möglichkeit zur Rückkehr in die Kirche zu eröffnen.

In zwei Abschnitten

Wenn auch die Übergangsregelungen der verschiedenen Landeskirchen in manchen Punkten voneinander abweichen, läßt sich doch schon erkennen, in welche Richtung die spätere allgemeingültige Neuordnung der Konfirmation zielen dürfte. Den verschiedenen Regelungen ist eine Aufgliederung der bisherigen Konfirmationspraxis in zwei Abschnitte gemeinsam. Als erster Abschnitt bleibt der bisherige Konfirmanden-Unterricht, jedoch um etwa drei Monate verkürzt, im wesentlichen unver-

ändert bestehen. An ihm dürfen auch Jugendliche teilnehmen, die die Vorbereitungsstunden auf die Jugendweihe besuchen und sich der Jugendweihe unterziehen. Der Abschluß des Konfirmanden-Unterrichtes mit der „Prüfung“ gilt jedoch im Gegensatz zu der bisherigen Praxis nicht mehr als Zulassung zur Konfirmation und zum Abendmahl.

Die eigentliche Konfirmation wird vielmehr von einer etwa drei Monate dauernden Sakramentsvorbereitung abhängig gemacht. Diese Vorbereitung auf Konfirmation und Abendmahl soll von Zeit zu Zeit stattfinden, ohne Rücksicht auf die Jahreszeit und auf das Lebensalter der Jugendlichen, die am Konfirmanden-Unterricht teilgenommen haben.

Erst nach Bewährung

Für die Jugendlichen, die nicht zur Jugendweihe gehen, wird sich die Sakramentsvorbereitung in der Regel unmittelbar an den Konfirmandenunterricht anschließen. Teilnehmer an der Jugendweihe können dagegen erst nach Ablauf einer angemessenen Frist — im allgemeinen nach einem Jahr — zur Sakramentsvorbereitung zugelassen werden, sofern sie durch regelmäßige Teilnahme am kirchlichen Leben gezeigt haben, daß sie nicht an den Atheismus gebunden sind und zum Evangelium halten wollen.

In allen kirchlichen Erklärungen wird übereinstimmend betont, die Übergangsregelungen in den östlichen Gliedkirchen seien kein Abweichen von dem Grundsatz, daß Jugendweihe und Konfirmation unvereinbar sind. Niemand werde zum Abendmahl zugelassen werden, ohne daß er sich von der Jugendweihe und der atheistischen Weltanschauung mit der gebotenen Entschiedenheit lossagt. Man betont besonders die Verantwortlichkeit der christlichen Gemeinde gegenüber ihren jungen Gliedern, die sich der Jugendweihe unterziehen mußten.

Die jetzt in allen Landeskirchen getroffenen Neuregelungen

wurden in manchen besonders starkem Druck ausgesetzten Gemeinden in ähnlicher Form bereits seit längerer Zeit praktiziert und haben sich, wie berichtet wird, gut bewährt.

„Macht das Tor auf“ erfolgreich

Köln (dpa). Das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ hat nach Angaben seines Vorsitzenden bei der Aktion „Macht das Tor auf“ schon zu Beginn einen unerwarteten Erfolg erzielt. In den ersten acht Tagen der Aktion wurden eine Million silberne Abzeichen in der Bundesrepublik verkauft.

Das Kuratorium wird künftig je zu einem Drittel von den kommunalen Organen, den Arbeitgeberorganisationen und den Gewerkschaften finanziert. Gegenwärtig gibt es in der Bundesrepublik 500 Orts- und Kreiskuratoren. Es wird geplant, die Zahl auf insgesamt 7500 zu erhöhen.

SPD schloß Agartz aus

Bonn (ap). Der Parteivorstand der SPD hat den früheren Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB, Dr. Viktor Agartz, wegen „fortgesetzten parteischädigenden Verhaltens“ aus der SPD ausgeschlossen. Der Ausschluß erfolgte auf einer Sitzung des Parteivorstandes.

Wieder Professor geflüchtet

Berlin (dpa). Der Leiter der frühchristlich byzantinischen Abteilung der Staatlichen Museen in Ostberlin, Professor Klaus Wessel, ist nach Mitteilung des Informationsbüros West nach Westberlin geflüchtet. Wessel hatte seit 1952 auch einen Lehrauftrag für Kirchengeschichte und christliche Archäologie an der Theologischen Fakultät der Universität Greifswald.

Vom Kreml rehabilitiert

Sonderband der Sowjet-Enzyklopädie — Überblick und kritische Wertung

Mit dem nunmehr vorliegenden 51. Band ist die bereits 1949 begonnene zweite Ausgabe der „Großen Sowjet-Enzyklopädie“ abgeschlossen worden. Wir veröffentlichen nachfolgend einen kritisch wertenden Beitrag über diesen letzten Band, den wir auszugsweise der „Neuen Zürcher Zeitung“ entnommen haben.

Dieses lexikalische Großunternehmen, das 96 000 Schlagwörter bearbeitet, 40 852 Illustrationen und 185 400 bibliographische Hinweise enthält, unterscheidet sich von andern Lexika dadurch, daß es offiziell verbindlichen Auffassungen der Kommunistischen Partei und des Sowjetstaates zu den jeweiligen Themen kodifiziert und dadurch die Grenzen eines Informationsmittels überschreitet und zu einem Instrument der Indoktrination wird.

Man muß den Herausgebern der Großen Sowjet-Enzyklopädie allerdings zubilligen, daß sich die Beiträge über Naturwissenschaft und Technik — die mehr als die Hälfte des ganzen Werkes ausmachen — um Objektivität und Ausführlichkeit bemühen und die Leistungsfähigkeit der russischen Wissenschaftler und Techniker bestätigen. Ein Beispiel für dieses Bestreben ist der Artikel über Einstein, der in Umfang und Genauigkeit den über Stalin weit übertrifft.

„Unpersonen“ erweckt

Im Gegensatz zu diesen naturwissenschaftlichen und technischen Artikeln geben die politischen, wirtschaftlichen und historischen Stichworte dieses letzten Bandes der Enzyklopädie einfach die Parteilinie wieder, wie beispielsweise die Ausführungen über Suez oder die ungarische Revolution erkennen lassen. Auch die Aufzählung von nichtkommunistischen Staatsmännern, die jetzt viele Lücken der vorhergehenden Bände füllt, ist in manchen Fällen, wie bei Bundeskanzler Adenauer oder dem westdeutschen Oppositionsführer Ollenhauer, nicht frei von abschätzigen Bemerkungen. Die Überzahl der angeführten Politiker aus Asien, Afrika und Lateinamerika reflektiert die Verschiebung der Interessen der Sowjetunion in der Welt-

politik. Unter den westlichen Persönlichkeiten, die der Erwähnung in der Sowjet-Enzyklopädie für wert befunden sind, fallen die amerikanischen Naturwissenschaftler, die westeuropäischen Slawisten und die Fellow-Travelers, darunter Brandweiner, Bonnard, Astier de la Vigerie, Nordmann, Pritt u. a. auf.

Was diesen Nachtragsband der Sowjet-Enzyklopädie aber zu einem einzigartigen historischen Dokument und zu einem Unikum unter den Lexika macht, ist die darin vorgenommene Kodifizierung der am 20. Parteitag beschlossenen Rehabilitierung einzelner Opfer Stalins. Man fühlt sich plötzlich in die „Registrierungsabteilung“ des „Wahrheitsministeriums“ versetzt, die in Orwells großartiger Utopie „1984“ entsprechend der ständig wechselnden Parteilinie die Geschichte immerfort umzuschreiben hat und die — nach dem 51. Band der Enzyklopädie zu schließen — wirklich zu existieren scheint. Man begnügt sich aber nicht mit diesen Rehabilitierungen, sondern läßt bereits wieder die Opfer der

Säuberungen der Ära Chruschtschow aus den Annalen der Sowjetgeschichte verschwinden.

Schon bei den früheren Bänden wurden Korrekturen angebracht und beispielsweise Beria oder der ebenfalls liquidierte chinesische Parteibonze Kao Kan durch die nachträgliche Aufforderung, die betreffenden Seiten zu entfernen, „zu Unpersonen vaporisiert“ (Orwell). Im vorliegenden Band ist auch die „partei feindliche Gruppe von Malenkow, Molotow, Kaganowitsch und dem Mitläufer Schepilow“ radikal ausgetilgt; ein langer Bericht über die Londoner Suezkonferenz verzichtet beispielsweise auf die Nennung des sowjetischen Delegierten, des damaligen Außenministers Schepilow. Dafür wird in Biographien und teilweise auch im Bild eine Reihe von Parteifunktionären, Offizieren, Schriftstellern aus dem Zustand der „Unperson“ erweckt, in den sie im Verlauf von Stalins großen Säuberungen versetzt worden sind. Dabei verschweigt man allerdings in Übereinstimmung mit der in diesem Band sichtbar werdenden Tendenz zur Ignorierung der Existenz Stalins nach 1937 — „nicht gedacht soll seiner werden!“ — die letzten Lebensstage der Rehabilitierten und die Gründe ihres Verschwindens.

Marschälle, Dichter und Diplomaten

Unter der geringen Zahl der rehabilitierten Parteifunktionäre findet man einige Kampfgewährten Lenins. Antonow-Owsejenko († 1938) leitete in der Oktoberrevolution den Angriff gegen das Winterpalais und gehörte, wie die Sowjet-Enzyklopädie beiläufig erwähnt, nach 1923 der trotzkistischen Opposition an. Andrej Bubnow († 1940) war seit 1912 Mitglied des bolschewistischen Zentralkomitees, nach der Machtergreifung Mitglied des Politbüros und Parteisekretär und ein führender Militärfunktionär der Bolschewiken, der sich besonders bei der Niederschlagung des Kronstadter Aufstandes

hervorgetan hatte. Ihm wird heute noch vorgeworfen, daß er 1918 zur Opposition der „linken Kommunisten“ gegen Lenin gehört hatte.

Nachklang der Geheimrede

Bereits in seiner Geheimrede hat Chruschtschow mitgeteilt, daß die Parteifunktionäre Kossior († 1939), Rudzutak († 1938), Postyschew († 1940) und Kossarow († 1939) rehabilitiert worden sind, die unter Stalin zu den höchsten Parteiamttern aufgestiegen waren und dann plötzlich verschwunden sind. Vor allem die Frage der Rehabilitierung Kossiors spielte eine wichtige Rolle in den Macht-

kämpfen um die Nachfolge Stalins. Westliche Beobachter wie Myron Rush nehmen an, daß die überraschende Nennung des Namens der „Unperson“ Kossior durch Mikojan am 20. Parteitag eine deutliche Warnung an Chruschtschow gewesen sei, da Chruschtschow als Kossiors Nachfolger in der Ukraine an dessen Beseitigung wahrscheinlich nicht unbeteiligt gewesen ist.

Im Zusammenhang mit der Neubegründung der Komintern fand man es angebracht, einige von Stalin liquidierte Häupter des Weltkommunismus zu rehabilitieren. Bereits 1956 hat man die von Stalin 1938 verfügte Auflösung der Polnischen Kommunistischen Partei rückgängig gemacht und deren Führer rehabilitiert, die seinerzeit diese „Fehler Stalins“ mit dem Leben büßen mußten: Adolf Warski († 1937), Wera Kostrzewa († 1939) und Julian Lenski († 1939) wurden mit allen Ehren wieder in die Ahnengalerie des Kommunismus aufgenommen.

Mit besonderer Sorgfalt ist in der Großen Sowjet-Enzyklopädie die Rehabilitierung von Bela Kun († 1939) vollzogen, dessen Tätigkeit im Dienste des Weltkommunismus genau verzeichnet, dem aber auch „Fehler in Theorie und Praxis“ vorgehalten werden. Die Blasphemie dieser Rehabilitierungen geht daraus hervor, daß man mit keinem Wort das Ende dieses ungarischen Revolutionärs berührt, denn dies hätte zu viele lebende Personen betroffen.

Während des nachstalinistischen Interregnums spielte die Frage um Recht und Unrecht der Verurteilung und Liquidierung von Marschall Michail Tuchatschewski († 1937) eine entscheidende Rolle im Machtkampf zwischen Partei und Armee. Sein Name begann erst im Herbst 1956 wieder aufzutreten, und man ließ dabei Andeutungen in dem Sinne fallen, Tuchatschewski sei das Opfer einer Intrige der Gestapo geworden. Bereits in einem Abriss der Sowjetgeschichte in Band 50 der Sowjet-Enzyklopädie wurde sein Name unter den Helden der Roten Armee aufgezählt. Jetzt findet man eine kurze Biographie des Mar-

schalls, die nicht ohne hintergründige Absicht auf seine adelige Abstammung verweist.

Wie oberflächlich diese Rehabilitierungen des Sonderbandes in Wirklichkeit sind, ersieht man daraus, daß an keiner Stelle das Ausmaß der Armeesäuberungen von 1937/38 erwähnt wird. Damals verschwanden 7 stellvertretende Kriegsminister, 3 von 5 Marschällen der Sowjetunion, 13 von 15 Armeekommandanten, 62 von 85 Korpskommandanten, 110 von 195 Divisionskommandanten; nach konservativen Schätzungen 20 000 Offiziere. Aber auch das geringe Ausmaß der Rehabilitierungen scheint für den neuen Sowjetdiktator Chruschtschow nicht mehr tragbar zu sein.

In der Periode des „Taufweters“ begann man sich wieder auf das „literarische Erbe“ zu besinnen und eine Reihe der von Stalin verstoßenen Schriftsteller und Dichter zu rehabilitieren und ihre Werke wieder zu veröffentlichen. Diesen Versuchen ist längst wieder der Atem ausgegangen und nur wenige sind wieder offiziell in die sowjetische Literaturgeschichte aufgenommen worden. Selbst diesen, wie Isaak Babel († 1941) oder dem großen Theatermann Meyerhold († 1942), wird nach wie vor Subjektivismus oder formalistische Tendenz vorgeworfen. Rehabilitiert wurden vor allem zwei linientreue kommunistische Literaten, der weltgewandte Journalist Michail Kolzow († 1942) und der Begründer der proletarischen Literaturbewegung, Wladimir Kirschon († 1938). Unter den Opfern der zweiten großen Säuberungswelle werden die jüdischen Dichter David Bergelson († 1952), Leib Kwitko († 1952), Perez Markisch († 1952) und Samuel Galkin (lebt noch) aufgeführt.

Ende der Ehrenrettungen?

Unter den Wissenschaftlern und Gelehrten, die wieder hoffähig geworden sind, fällt der Name des großen Biologen Nikolaj Wawilow († 1943) auf, der nach den Anklagen von Stalins und jetzt Chruschtschows Günstling Lysenko nach Sibirien verbannt wurde. Auch der in das Ärztekomploit 1953 verwickelte gewesene Professor

Winogradow ist im 51. Band aufgeführt.

Unter den wiedererweckten „Unpersonen“ taucht hier und da auch eine Figur der Vergangenheit auf, von der man kaum mehr angenommen hat, daß sie noch am Leben ist. Man erfährt beispielsweise, daß der Sowjetdiplomate Maiski, der unter anderem den Völkerbund präsidierte, sein Land in London vertreten und als stellvertretender Außenminister an den Konferenzen von Jalta und Potsdam teilgenommen hat, sich jetzt mit historischen Forschungen über Spanien im 19. Jahrhundert befaßt.

Die Gründe für diese Verdrängung und die schnelle Beendigung der zaghaft vorgenommenen Rehabilitierungen liegen auf der Hand: Die Biographien der neuen Sowjetführer im 51. Band der Sowjet-Enzyklopädie — Beljajew, Breschnew, Marschall Gretschno, Marschall Jeremenko, Ignatow, Lirilenko, Koslow, Kusmin, Mazkewitsch, Marschall Moskalkenko, Podgorny, General Serow, Ustinow und andere mit Chruschtschow hochgekommene Partei- und Armeeführer — zeigen, daß diese heute führende Schicht ihren Aufstieg den großen Säuberungen Stalins in Partei und Armee verdankt und deshalb wenig gewillt sein dürfte, Schuld und Gewinn an den Untaten Stalins allzu offen einzugestehen. Die Rehabilitierungen scheinen jetzt beendet zu sein. Bereits wendet man sich wieder der Schaffung neuer „Unpersonen“ zu. Leute wie Nagy, Bulganin oder Schukow, die vielleicht in einer der nächsten Auflagen der Sowjet-Enzyklopädie wieder rehabilitiert werden müssen. Kx.

Kahl geschoren

Moskau (dpa). Jungen Mädchen in Riga, die in der Öffentlichkeit Rock'n Roll tanzen, wurden von „Hilfsbrigaden der Milliz“ die Köpfe kahl geschoren. Nach fruchtloser Verwarnung wurden die Mädchen aus dem Tanzlokal in Autos verfrachtet und außerhalb der Stadt kahl geschoren. Die Moskauer Jugendzeitung „Moskowskij Komsomolec“ stellt dazu fest, eine Erziehung mit Hilfe von Scheren sei nicht am Platze.

„Bester Sportler des Jahres“

DT. Selbst gute Gedanken verlieren dadurch an Wert und Reiz, daß sie zu einem alltäglichen Gebrauchsartikel werden. Aus dem ersten Vorschlag, „den besten Sportler“ zu wählen, ist so etwas wie eine Zeitkrankheit geworden. Jetzt gibt es den „Besten Sportler Deutschlands“, den „Sportler des Jahres“, das „Pferd des Jahres“, den „Fußballer des Jahres“, den „Boxer des Jahres“ usw. Man kann es so allmählich satt bekommen.

Die vor wenigen Tagen durchgeführte Rundfrage nach dem deutschen „Sportler des Jahres“ ist nicht besser oder schlechter als die Dutzende ähnlicher Rundfragen, aber sie hat im geteilten Deutschland doch einige besondere Akzente. Da haben sich zum Beispiel nach der Mitteilung des Veranstalters eine Reihe von Journalisten der Sowjetzone beteiligt, und sie sind — nach Zeugnis des gleichen Veranstalters — durchaus sachlich und ohne Rücksicht auf Ost- oder Westzugehörigkeit des Aktiven in ihrem Urteil gewesen.

Das ist eine erfreuliche Tatsache. Weniger erfreulich ist aber, daß man auf der anderen Seite, also in der Bundesrepublik und Westberlin, weniger

Der Papst lernt Deutsch

Vatikanstadt (ap). Papst Johannes XXIII. hat in seiner allwöchentlichen Generalaudienz etwa 300 deutschen und österreichischen Pilgern, die anlässlich der Ernennung von 23 neuen Kardinälen nach Rom gekommen waren, seinen apostolischen Segen erteilt. In einer kurzen deutschsprachigen Botschaft, die von Monsignore Wüstenberg vom päpstlichen Staatssekretariat verlesen wurde, begrüßte der Papst die deutschen und österreichischen Pilger von ganzem Herzen. Dann nahm der Papst selbst das Wort und bestätigte seine Absicht, Deutsch zu lernen. „Wenn ihr das nächste Mal wiederkommt, so hoffen Wir euch den Segen direkt in Deutsch erteilen zu können“, sagte der Papst.

an die Sportler des Ostens gedacht hat. Es sind doch Deutsche wie wir, und der größte Teil muß den vorbildlichen Aktiven des Sportes zugerechnet werden. Wenn dann der deutsche Zehnkampfrekordmann Walter Meier aus Halle mit einem Minimum an Stimmen auf den 39. Platz kommt, so hat man entweder nicht daran gedacht, die Zonen-Sportler in die Wertung einzubeziehen oder unterschätzt in bedauerlicher Weise die körperliche und sportliche Leistung eines Zehnkampfrekordmannes. Walter Meier hätte auf alle Fälle auf einen der ersten Plätze gehört.

Vopo nahm Kinder als Spitzel

Achtjährige denunzieren Erwachsene — 50 Pfennig „Lohn“

Berlin (Eigenbericht). Die Westberliner Polizei nahm kürzlich an der Grenze des französischen Sektors im Bezirk Wedding zwei Jungen aus Ostberlin im Alter von acht und neun Jahren fest, die Bewohner des Sowjetsektors bei den Vopo-Grenzposten denunziert hatten. Die Jungen, die Mitglieder der kommunistisch gelenkten Jugendorganisation „Junge Pioniere“ sind, hatten von den Volkspolizisten den Auftrag erhalten, über die Grenze nach Westberlin zu gehen und zu beobachten, welche Ostberliner Einwohner Westzeitungen kaufen. Die Kinder mußten die Käufer dann bei der Rückkehr nach Ostberlin den Vopos bezeichnen. Die Grenzposten nahmen den Betroffenen die Zeitungen ab und notierten ihre Personalien. Die Jungen erhielten je Opfer 50 Pfennig bis eine Mark Ostgeld als Belohnung.

Die Polizei konnte bei dem Verhör der Kinder nicht klären, ob der Spitzeleinsatz der Jungen auf höhere Weisung geschah oder ob ein Grenzvopo sie auf eigene Faust dazu angeworben hat. Der Haupttäter, ein zwölfjähriger Junge, der seine beiden Schulkameraden zu dieser Spitzeltätigkeit mitgenommen hatte, konnte nicht gefaßt werden, weil er am Sonntag in Ostberlin an einer

Thiedemann wurde Sieger vor Scholz, Germar, Hary, Lauer, Rahn und Schmidt. Es ist überaus erfreulich, wie stark die Leichtathleten in dieser Wertung vertreten sind. Scholz an zweiter Stelle ist zu hoch placiert, Rahn unseres Erachtens zu niedrig. Wenn man den „Sportler des Jahres“ wählt, sollte man von Halts Wort als ständige Mahnung nicht vergessen: „Wenn beispielsweise abgelegene Orte im Isarwinkel jährlich einen von der Jugend begeistert aufgenommenen Fairneß-Preis vergeben, ist das aus olympischer Perspektive betrachtet, wichtiger als eine Weltmeisterschaft der Professionals, die üble nationale Instinkte weckt und zur Hysterie der Massen führt.“

Demonstration teilnehmen mußte. Die beiden Jungen wurden nach ihrem Verhör von der Westberliner Polizei wieder entlassen, da sie noch strafunmündig sind.

„Kirche in Anfechtung“

Berlin (ap/dpa). Nach dem kirchenfeindlichen Kurs des ersten Halbjahres habe es zwar den „Versuch einer gewissen Entspannung“ gegeben, im großen und ganzen sei jedoch das Bild das gleiche geblieben. Dies erklärte der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche, Bischof Dibelius, in seinem Jahresrückblick auf die Situation der Kirche in der Sowjetzone. Radikal versuche man das Bewußtsein der Menschen im sowjetisch besetzten Gebiet umzubilden, damit sich die Menschen vom christlichen Glauben lösten. „Für alle, die einem Staat nicht das Recht zugestehen können, ihr Bewußtsein umzubilden, ist das eine bitterschwere und leidvolle Existenz.“ Den meisten Menschen sei ein offener Widerstand nicht möglich, deshalb seien Hunderttausende, unter ihnen viele kirchentreue Gemeindemitglieder in den Westen geflohen.

Regierung und SPD zufrieden

Das Echo auf die Berlin-Erklärung der NATO

Bonn (ap). Die erneute Garantie-Erklärung der NATO-Mächte für die Freiheit Westberlins ist in Bonn sowohl von der Koalition als auch von der Opposition mit ungeteilter Genugtuung und Dankbarkeit begrüßt worden. Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Krone, erklärte: „Wir begrüßen die Erklärung der NATO als Garantie für die Freiheit Westberlins und als ein erfreuliches Zeichen der Geschlossenheit des Westens.“

„Dankbar und glücklich“ über die Beschlüsse der NATO-Außenminister äußerte sich der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wehner. Er erklärte, die in der Berlin-Erklärung

enthaltene Entschlossenheit, dem sowjetischen Druck auf die Stadt nicht nachzugeben, verdiene den Dank des deutschen Volkes. Besonders glücklich sei er auch darüber, erklärte Wehner, daß die 15 Außenminister

in ihrer Erklärung die Probleme der deutschen Wiedervereinigung, der europäischen Sicherheit und der Abrüstung in einen Zusammenhang gebracht hätten. Aus der Haltung der Sowjets sei eindeutig klar geworden, daß sie sich zu Verhandlungen ausschließlich über die Deutschlandfrage nicht mehr bereit finden würden.

Sechs Millionen unter Waffen

NATO veröffentlichte Statistik über die Rüstung des Ostblocks

Paris (dpa). Nach Ermittlungen der NATO-Militärstellen hat der Ostblock zur Zeit trotz mehrerer Truppenvermindierungen über sechs Millionen Mann unter Waffen. Die Landstreitkräfte zählen 4,5 Millionen Mann, darunter drei Millionen Sowjetsoldaten.

In einem von der NATO veröffentlichten Bericht wird die Stärke der sowjetischen Luftstreitkräfte mit 20 000 einsatzfähigen Flugzeugen und zusätzlich 500 modernen Atombomben angegeben. Bis 1960 werde die Sowjetunion rund 700 U-Boote besitzen, wenn der Bau im gegenwärtigen Aus-

maß weitergeht.

Nach dem NATO-Bericht verfügt die Sowjetunion über bewegliche Verbände, die rasch nach Westeuropa vorstoßen könnten. Dazu gehörten die 22 Sowjetdivisionen in der Sowjetrepublik und 60 Sowjetdivisionen, die in den osteuropäischen Ländern und in der westlichen Sowjetunion stationiert sind. Seit 1952 werde die Sowjetarmee mit dem Ziel reorganisiert, unter den Bedingungen einer atomaren Kriegführung zu operieren. Veraltete Ausrüstung sei durch moderne Waffen und Fahrzeuge ersetzt worden.

Abwehr mit allen Mitteln

Fortsetzung von Seite 1

fehlshaber betonten die Minister die angesichts der ständigen Steigerung der sowjetischen Rüstung bestehende Lebensnotwendigkeit, die Bemühungen der Mitgliedstaaten um eine Verbesserung der Verteidigungskraft des Bündnisses unvermindert aufrechtzuerhalten. Der Rat versichert erneut, daß die Verteidigungsstrategie der NATO weiterhin auf dem Bestehen und der Wirksamkeit der Schild-Streitkräfte und dem festen Willen beruht, die nuklearen Vergeltungsstreitkräfte einzusetzen, um eine Aggression zurückzuschlagen.

Die Minister prüften den Bericht über die Jahreserhebung 1958 und billigten dessen Schlußfolgerungen. Die Durchführung der von den Regierungschefs im Dezember 1957 beschlossenen Pläne wird aktiv fortgesetzt, und es wurden Maßnahmen zu ihrer Beschleunigung getroffen.

Die nächste ordentliche Ministertagung des Rats wird aus Anlaß des zehnten Jahrestages der Unterzeichnung des Nordatlantikvertrages auf Einladung der Regierung der Vereinigten Staaten vom 2. bis 4. April 1959 in Washington stattfinden.“

Salan nach Paris versetzt

De Gaulle trennt militärische und zivile Gewalt in Algerien

Paris (dpa). Die bereits seit einiger Zeit erwartete Trennung der militärischen und zivilen Gewalten in Algerien, die nach den Mai-Ereignissen zusammengelegt worden waren, ist jetzt erfolgt. Die französische Regierung hat ihren bisherigen Generaldelegierten und Oberbefehlshaber der in Algerien stationierten Truppen, General Salan, ins Mutterland versetzt, wo er den neugeschaffenen Posten eines Generalinspektors der nationalen Verteidigung übernimmt. Salans militärischer Nachfolger in Algerien wurde der General der Luftstreitkräfte, Maurice Challe. An die Spitze der zivilen Verwaltung tritt jetzt der Finanzfachmann Paul Delouvrier. Der Fallschirmjäger-General Massu übernimmt die Funktion eines Generalinspektors der Verwal-

tung in besonderer Mission.

Das Militär in Algerien empfängt in Zukunft von dem neuen Verwaltungschef „die notwendigen Vollmachten“ für die Sicherstellung von Ruhe und Ordnung. Jedem regionalen Militärkommandanten wird ein ziviler Beauftragter zur Seite gestellt, der besonders für die Verwirklichung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungspläne verantwortlich ist. Der neue Verwaltungschef Algeriens, der dem französischen Ministerpräsidenten direkt unterstellt ist, kann jedoch je nach Lage in den einzelnen Gebieten die Ausübung der zivilen Gewalt einem Offizier übertragen.

Der 44-jährige Paul Delouvrier gilt als ausgezeichnete Kenner wirtschaftlicher, industrieller und finanzieller Fragen.



BILDER DER WOCHE. Oben: Bescherung im Quartier Napoleon. Der französische Stadtkommandant General Lacomme und seine Gattin veranstalteten eine Weihnachtsfeier für 600 bedürftige Berliner Kinder. — Unten: Länderchefs beim Bundeskanzler. Adenauer im Gespräch mit Bremens Senatspräsidenten Kaisen (rechts); in der Mitte Bundesminister Schäffer.

